№ 191
B 94
Abend-Ausgabe

Berlin

Dienstag, 22. April 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch. Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 5600—5663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5656—5695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Poincarés Brief an Barthou.

Gegen Gleichzeitigkeit der Verhandlungen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

✱ **Paris**, 22. April.

Die Tatsache, daß Poincaré an Barthou als Vorsitzenden der Reparationskommission einen Brief gerichtet hat, in dem er zunächst den Empfang der letzten Beschlüsse der Reparationskommission bestätigt, dann aber ausführlich den französischen Standpunkt zu diesen Beschlüssen darlegt, wird bestätigt. Es scheint, als ob die Veröffentlichung des Briefes unmittelbar bevorsteht. Einige Morgenblätter machen Angaben über den Inhalt des Briefes, die nicht völlig übereinstimmen. Der „Petit Parisien" z. B. warnt davor, dem Briefe Poincarés übertriebene Bedeutung beizulegen. Poincaré beschränke sich darauf, der Reparationskommission für die schleunige Erledigung ihrer Aufgabe zu danken, die Genugtuung über die Einstimmigkeit auszusprechen, mit der die Beschlüsse gefaßt wurden und zu erklären, daß es nunmehr Sache der Reparationskommission sei, entsprechend dem Friedensvertrag das Feld der Zuständigkeit abzugrenzen. Der Reparationskommission obliege es festzustellen, wie die Vorschläge der Sachverständigen nunmehr praktisch angewendet werden sollen. Wenn die Reparationskommission diese Arbeit geleistet habe, dann werde die französische Regierung ihrerseits gemeinsam mit den alliierten Regierungen die rein politischen Probleme regeln, für die die Regierungen zuständig seien.

Danach würde Poincaré — was schon aus den Ankündigungen der Pariser Presse zu entnehmen war — auf dem Standpunkte stehen, daß die politische Verhandlungen (also die über die Herstellung des Status quo ante im Ruhrgebiet usw.) erst zu führen wären, wenn die wirtschaftlichen Vorschläge der Sachverständigen von Deutschland in Wirklichkeit umgesetzt worden sind. Gleichzeitigkeit der politischen und wirtschaftlichen Verhandlungen würde die französische Regierung ablehnen.

Noch viel schärfer würde diese Haltung Poincarés in dem Schreiben an Barthou sich ausprägen, wenn die Fassung zutrifft, die der „Matin" heute wiedergibt. Nach diesem Blatte, das bekanntlich sehr gute Beziehungen zum Quai d'Orsay unterhält, weist Poincaré die Reparationskommission darauf hin, daß sie ihre Aufgabe noch nicht beendet habe. Es genüge nicht, den Sachverständigenbericht gutzuheißen und die zukünftigen Aufgaben einfach unter das Deutsche Reich und die Alliierten zu verteilen, indem man den ersteren sagt, es solle die notwendigen Gesetze annehmen, und den anderen anrät, sich über die ihnen zustehenden Maßnahmen zu einigen. Der „Matin" führt als Argument für diesen Standpunkt an, die Reparationskommission habe im letzten Abschnitt ihrer Erklärungen selber anerkannt, daß sie die Sachverständigenarbeiten in gewissen Punkten vervollständigen und fertigstellen müsse. Als besonderen Fall führt das Blatt die Frage der Uebertragung der deutschen Zahlungen im Auslande an, die in den Sachverständigen-Gutachten nur „skizziert" seien, und in der die Sachverständigen durch den Vorschlag, einen Spezialistenausschuß einzusetzen, selber zu erkennen gegeben hätten, daß eine Vervollständigung ihrer Arbeiten notwendig sei. Von der französischen Regierung werde der bereits früher vertretene Standpunkt beibehalten, daß normalerweise die Reparationskommission zunächst auf der Grundlage der Sachverständigenberichte einen neuen Zahlungsplan aufzustellen habe, der Deutschland übermittelt werden müsse unter Angabe seiner Verpflichtungen und unter gleichzeitiger Mitteilung an die alliierten Regierungen unter Hinweis auf die Fragen, die sie nunmehr selber erledigen können. „Die Reparationskommission hat schnell gearbeitet," schreibt der „Matin", „und das ist ein Verdienst. Aber sie wird sicher das Sachverständigen-Werk wieder aufrollen müssen, denn es wäre allzu leicht für Deutschland, zu antworten, daß es einen Wiedergutmachungsplan, den man ihm selber als unvollständig vorlegt, nicht ausführen kann."

Ohne direkte Bezugnahme auf den Brief Poincarés an Barthou kommen auch andere Blätter erneut auf das Reparationsproblem zu sprechen, wobei vielfach — so im „Figaro", im „Gaulois" und in der „Ere Nouvelle" — der Unterschied der Auffassungen, der englischen London und Paris weiterhin besteht und in den letzten Reden Ramsay Macdonalds und Poincarés zutage getreten ist, hervorgehoben wird. Pertinax erhebt feinerseits im „Echo de Paris" erneut Vorwürfe gegen den Generalgouverneur der Bank von England, Sir Montague Norman, weil er die Sachverständigen veranlaßt habe, von einer Garantie der 800 Goldmillionen Anleihe für Deutschland durch die englischen und amerikanischen Banken abzusehen und sogar die deutschen Banken von einer direkten Haftbarkeit für die Hypothekenzahlungen der Eisenbahn- und Industrieobligationen zu entbinden.

Macdonalds Standpunkt.

London, 22. April. (W. T. B.)

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Bei der offiziellen Uebermittlung des Dawes-Berichts an die alliierten Regierungen durch die Reparationskommission trete die Kluft in Erscheinung, die zu jeder Zeit seit 1919 die britische Ansicht über diese Frage von der französischen getrennt habe. Unabhängig von den Weisungen, die Poincaré Barthou erteilt habe, richte der französische Premierminister eine Note an die alliierten Regierungen, in der er die Forderung Frankreichs mit Bezug auf mehrere wichtige Fragen außerhalb der Sphäre der Reparationskommission auseinandersetze. Mit der Forderung nach einem Mindestbetrag von 26 Milliarden Goldmark sei man wieder zurückversetzt zur Pariser Konferenz des Jahres 1923 oder sogar der Londoner Konferenz des Jahres 1922. Der Korrespondent ist der Ansicht, daß die Möglichkeit einer neuen Stockung der interalliierten Verhandlungen von der britischen Regierung ernstlich erwogen werden müßte, gemeinsam mit der Alternative einer ausgesprochen britischen oder britisch-amerikanischen Politik. Die Notwendigkeit einer derartigen Alternative sei glücklicherweise von einigen der Ratgeber der Regierung nicht übersehen worden.

„Times" führt in einem Leitartikel aus, die Regierungen seien jetzt direkt und gemeinsam verantwortlich für die Sachverständigenberichte und für alles, was ihre weitreichenden Anempfehlungen für die unmittelbare Zukunft Europas bedeuten. Es gebe keine Regierung in Europa, die die Verantwortung übernehmen würde, Schlüsse zu verwerfen, die von einem derartigen Gewicht sachverständiger Autorität und einer ungewöhnlich weitverbreiteten öffentlichen Meinung unterstützt würden. Die Berichte beherrschten die Lage. Die Entscheidungen der Regierung über die Sachverständigenberichte könnten die Lage Europas während der nächsten Monate entweder endgültig bessern oder weiter schlimmer machen. Im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehe Grund, zuversichtlich zu sein. Die britische Regierung habe sich auf den richtigen Standpunkt gestellt, als sie erklärte, daß die Sachverständigenberichte als Ganzes angenommen werden müßten. Allerdings würden die Berichte sowohl in Frankreich als auch in Deutschland mit einiger Schärfe kritisiert. Die deutschnationalistische Kritik daran, die aus Wahlgründen übertrieben werde, sei einfach negativ und zerstörend. Von neuem hätten es die deutschen Extremisten klar gemacht, daß, wenn sie die Oberhand erhalten würden, der Hoffnung auf Frieden und Wohlfahrt in Europa ein Ende bereitet werden würde. Glücklicherweise habe die gegenwärtige deutsche Regierung einen weit klareren Blick für die Wirklichkeiten der Lage. Sie nehme die Bedingungen an und sei bereit, mitzuwirken, unter der Voraussetzung, daß der Vorbehalt der Sachverständigen betreffend Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit Deutschlands streng beobachtet werde. Nach Aufzählung der bekannten französischen Einwände bemerkt „Times", England sei bereit, gewisse eigene Hoffnungen entsprechend dem allgemeinen Interesse des europäischen Friedens zu opfern. Entsprechende Opfer könnten jedoch auch von den anderen Ländern erwartet werden.

✱

Die Stelle in Macdonalds Rede in York, in der er darüber sprach, daß man Deutschland Vertrauen entgegenbringen müsse, hat folgenden Wortlaut:

„Wenn wir aufhören, als Kerkermeister zu handeln, dann können die von Deutschland gegebenen Bürgschaften (pledges) angenommen werden. Laßt uns zu Deutschland sagen: Wenn ihr erklärt, daß ihr diese Berichte annehmen (take) werdet, so werden wir euch bei eurem Wort nehmen. Wir haben keinerlei Vorbereitungen getroffen, um irgend einem Verzug auf eurer Seite zu begegnen. Wenn ihr nach dieser feierlichen Verpflichtung in Verzug geratet, dann werden wir und unsere Alliierten einander näher stehen als je, und wir werden auf das Ergebnis warten. Aber wir vertrauen euch!"

Die Verlegung der Infanterieschule.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 22. April.

Die Infanterieschule wird bekanntlich nach Ohrdruf in Thüringen verlegt. Morgen werden daher 20 Offiziere und 40 Mann mit Pferden, Fahrzeugen und Gepäck, übermorgen 5 Offiziere und 150 Mann und ihr größte Teil der Pferde in Militärsonderzügen vom Hauptbahnhof nach dem neuen Bestimmungsort abgehen.

Französischer Wahlaufmarsch.

Von
Dr. Wilhelm Feldmann,
Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

Gestern hat in Frankreich die offizielle Wahlkampagne begonnen, deren Dauer auf drei Wochen bestimmt ist. Die Kammerwahlen finden am 11. Mai statt. Nach einer heute vormittag veröffentlichten Liste beträgt die Zahl der Abgeordneten, die sich nicht zur Wiederwahl gestellt haben, bis jetzt 57.

✱ **Paris**, 18. April.

Der Wahlkampf in Frankreich ist amtlich eröffnet. Dies tritt äußerlich greifbar in Erscheinung. Die Anschlagbretter, die den Kandidaten aller Parteien für ihre Wahlaufrufe zur Verfügung stehen, sind bereits aus den Speichern der Bürgermeisterei hervorgeholt und an geeigneten Plätzen aufgestellt worden. Aber die Wahlaufrufe fehlen noch. Ein paar Reklamezettel, die eigentlich gar nicht dahin gehören, geben den rohen Brettern hier und dort ein neuig Farbe. Sie werden bald unter den papiernen Verheißungen der Volksbeglücker aus allen Lagern verschwinden.

Vorläufig fehlen die Wahlaufrufe aus dem einfachen Grunde, weil die Herstellung der Kandidatenlisten in den meisten Wahlkreisen noch nicht abgeschlossen ist. Es steht so aus, als sei die Aufstellung dieser Listen recht schwierig, schwieriger als bei den Wahlen von 1919. Das kann nicht überraschen nach den verwirrenden Erfahrungen der verflossenen Parlamentsperiode. Die Erklärung findet sich in dem treffenden Wort, durch das ein französischer Politiker mir gegenüber vor einiger Zeit den Gegensatz zwischen den beiden Hauptführern in dem bevorstehenden Kampf charakterisiert hat: „Poincaré ist innerpolitisch links orientiert, aber seine äußere Politik braucht die Unterstützung der Rechten. Millerand steht innerpolitisch der Rechten nahe, aber außenpolitisch genießt er in höherem Maße als Poincaré das Vertrauen der Linken."

Diese Aeußerung, welche die auf Frankreichs Politik lastenden Widersprüche klar bezeichnet, muß deutschen Lesern zur Verhütung von Mißverständnissen näher erklärt werden. Mit der „Rechten", der Millerand innerpolitisch nahesteht, ist natürlich nicht der kleine Rest der monarchistischen Rechten gemeint, sondern die republikanische Rechte, das heißt, das rechte Zentrum, dessen innerpolitisches Hauptziel die Bestätigung des alten Zantes zwischen Klerikalen und Antiklerikalen ist. Poincaré ist, wie nicht außer acht gelassen werden darf, ein alter Antiklerikaler, wenn er auch zurzeit aus außenpolitischen Gründen die „heilige Eintracht" predigt. Während Millerand die innere Eintracht durch Revision der Gesetze über die Trennung von Kirche und Staat fördern will, erklärt Poincaré es für eine patriotische Pflicht, diese Frage überhaupt nicht aufzurollen.

Hier ist der wichtigste Gegensatz zwischen Millerand und Poincaré zu suchen. Auf dem Gebiet der äußeren Politik besteht zwischen den beiden Führern des französischen Volkes mehr ein Unterschied der Methoden. Poincaré ist der Vertreter des starren „Rechtsstandpunktes", der den anderen Teil herankommen läßt, ehe er sich selbst zu einem Stellungswechsel entschließt. Millerand dagegen ist der Mann der Initiative, nach dessen Ueberzeugung der Klügere immer einen Schritt entgegenkommt und den anderen Teil nicht unnötig verstimmt.

Während eines kurzen Aufenthalts in der deutschen Heimat fand ich dort kürzlich die Ansicht weit verbreitet, der bevorstehende Wahlkampf in Frankreich werde ein großes Ringen zwischen dem „nationalen Block" und dem „Block der Linken" sein. Man schien dabei Poincaré und den royalistischen Chauvinisten Léon Daudet für die typischen Vertreter des „nationalen Blocks", den Radikalenführer Herriot und einen Versöhnungspolitiker wie den katholischen Demokraten Marc Sangnier für maßgebende Persönlichkeiten des Linksblocks zu halten. Diese Auffassung ist vollständig verfehlt. Der „republikanische nationale Block", der im Herbst 1919 von Clemenceau gegründet und von Millerand zum Wahlsieg geführt wurde, schließt die antirepublikanische Rechte unzweideutig aus. Léon Daudet ist gegen die Liste des „nationalen Blocks" gewählt worden. Marc Sangnier dagegen war einer der Kandidaten des „nationalen Blocks", ganz im Sinne der vom Block erstrebten Versöhnung auf religiösem Gebiet.

Diesmal wird es genau so sein. Daudet ist im dritten Pariser Wahlsektor Spitzenkandidat einer rein royalistischen Liste, während sein Todfeind Marc Sangnier im gleichen Sektor an der Spitze der dem „nationalen Block" am nächsten stehenden Liste erscheint. Neben diesen beiden Listen gibt es noch die Kandidatenliste des „Linkenkartells", die als Ersten den früheren Ministerpräsidenten Painlevé auffführt, und eine kommunistische Liste.

Man sieht, daß der „nationale Block tatsächlich nicht ganz das ist, was man sich vielfach in Deutschland unter ihm vorstellt. Daß Poincaré nicht als Vertreter oder gar Führer des „republikanischen nationalen Blocks" zu gelten hat, wird durch die fortgesetzten scharfen Angriffe der von Millerand